

„Stornale d'Italia“ die Bemerkung, der Text sei deutlich genug und bedürfe eigentlich keiner ergänzenden Auskünfte und Auslegungen. Er betont dann, daß sich im Rahmen der europäischen Beziehungen keine entscheidende Wendung vollzogen habe, die über die logische Entwicklung bereits klarer Standpunkte hinausgehe. Das politische Abkommen bedeute in keiner Weise die Bildung eines neuen Blockes. Die wirtschaftlichen Protokolle seien nur die Entwicklung der bekannten Donaupolitik. Diese Politik erkenne die Bedeutung und die Schwierigkeit des Donauproblems an und halte es deshalb für günstig, in Etappen vorzugehen, wobei man mit der Klärung der österrömisches und ungarischen Frage beginnen müsse, weil sie am dringendsten seien.

Während Gayda und die norditalienischen Blätter die Befürchtungen der anderen im Donaubereich interessierten Staaten zu entkräften suchen, stellt Forges Davanzati in der „Tribuna“ die italienische Methode in Gegenfah zu der bisherigen mitteleuropäischen Politik, die von der Kleinen Entente geleitet worden sei und Schiffbruch erlitten habe. Die Protokolle von Rom zeigten einen neuen Typ politischer Zusammenarbeit, der sich auf wirtschaftlichem Gebiet niederschläge, während sich die egyptische Politik der anderen als unhaltbar und gefährlich erwiesen habe. Als Beispiel für diese letzte Art der Politik nennt er den letzten Pakt der Kleinen Entente vom Sommer 1932, der ungarisch und österreichfeindlich und auch gegen Italien gerichtet sei.

Rußland soll Frankreichs Völkerbund auf die Beine helfen

Herriot sucht einen neuen Bundesgenossen

London, 19. März.

Anknüpfend an eine Äußerung des Pariser „Devoir“, dem Blatt Herriots, sprechen mehrere Blätter von der Möglichkeit eines baldigen Eintritts Sowjetrußlands in den Völkerbund.

„Daily Herald“ schreibt, man hoffe, daß die formelle Zulassung auf der September-Versammlung erfolgen könne. Das französische Außenministerium, das dringend die Russen im Völkerbund haben wolle, fürchte Widerstand von Seiten des britischen Außenamtes. Wahrscheinlich werde die erste offene Anregung nicht von Frankreich, sondern von Mussolini ausgehen. Die Russen würden erst ein Gefühl stellen, wenn sie sicher seien, daß es keine Opposition gebe.

In der „Morningpost“ heißt es, nach Herriots Ansicht sei ein Einvernehmen mit Sowjetrußland besonders nötig wegen der Selbständigkeit, die Polen neuerdings zeige. Er wolle, daß Rußland Mitglied des Völkerbundes werde, damit es Frankreich unterstützen würde, wenn letzteres Deutschland des Vertragsbruchs beschuldigte und eine internationale Untersuchung beantrage. Ob dieser Plan von den übrigen französischen Ministern gebilligt werde, sei allerdings zweifelhaft.

Kein Beitritt Rußlands zum Völkerbund

Reval, 19. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, erklären die amtlichen russischen Stellen, daß die Nachrichten, die Sowjetregierung habe beschlossen, im Dezember dem Völkerbund beizutreten, unrichtig seien. Die russische Regierung hat ihren Standpunkt zur Frage des Beitritts zum Völkerbund durch die Rede Litwinows auf dem Parteitag festgelegt. Neue Beschlüsse in dieser Frage sind bis jetzt noch nicht gefaßt worden.

Täglich ein neuer Finanzskandal

Paris, 19. März.

Der sozialistische „Populaire“ will einen neuen Finanzskandal aufgedeckt haben. Er behauptet, daß Unregelmäßigkeiten bei der Pariser Gasgesellschaft aufgedeckt worden seien. Es fehlten 50 Millionen Francs an Einnahmen, über die die Rechnungsprüfer hinweggehen versuchten. Das Blatt kündigt an, daß es demnächst mit Einzelheiten aufwarten werde.

In der Nacht zum Montag ist der seines Amtes enthobene hohe Beamte des Landwirtschaftsministeriums, Blanchard, der in der vergangenen Woche einen Selbstmordversuch unternommen hatte, im Krankenhaus von Fontainebleau gestorben.

Neuer Gewaltstreik in Prag

Prag, 19. März.

Die älteste deutsche Universität, die von Kaiser Karl dem Vierten im Jahre 1348 gegründet wurde, ist nunmehr tschechisches Eigentum geworden. Der Rektor der tschechischen Universität in Prag, Dr. Domin, hat auf Grund des aus dem Jahre 1920 stammenden Universitätsgesetzes — das bisher ohne Durchführungsverordnung geblieben ist — das deutsche Universitätsgebäude zugunsten der tschechischen Universität grundbücherlich übertragen lassen.

Der Akademische Senat der deutschen Universität hat gegen diese neue Vergewaltigung der deutschen Hochschule Beschlüsse erlassen.

Beginn der Arbeitschlacht 1934

Die Arbeitsstätte, an der morgen der Führer spricht

Am 21. März, vormittags 11 Uhr, wird der Führer an der Baustelle Unterhaching an der Reichsautobahn München—Landesgrenze den Großkampf 1934 gegen die Arbeitslosigkeit eröffnen.

Die Baustelle liegt bei Kilometer 8,3 der Reichsautobahn inmitten eines reizenden Landschaftsbildes am Rande des schier endlos um München gespannten Waldgürtels, im Hintergrund die reich bewegte Silhouette der Großstadt mit dem alten Kamersdorfer Kirchlein, eine der schönsten alten Dorfkirchen Süddeutschlands. Vor sich sieht man durch einen Einschnitt der Straße die Brecherspitze bei Schliersee im weißen Winterkleide. Die Baustelle ist ein buntes Durcheinander von Rollgleisen, Ripploren, Lokomotiven, Vermessungspfehlen, Baraken, kurz, was zu einem Straßenbauplatz von solchen Ausmaßen gehört. Das kommende Straßenbild hebt sich schon deutlich aus dem scheinbaren Gewirr heraus.

An diesem Bilde wird wegen des Staatsaktes nichts geändert. Es soll das Bild des 21. März, das Bild der Arbeit auch in dieser Stunde sein. Die Arbeiter werden im Arbeitsanzug mit den Arbeitsgeräten vor den Führer treten, die neuangestellten 5000 Arbeiter in einer besonderen Gruppe. Insgesamt sind auf der Autobahn München—Landesgrenze zur Zeit 2500 Mann eingesetzt, die sich um dieselbe Stunde auf

den einzelnen Baustellen versammeln, um die Rede des Führers zu hören. An der Baustelle Unterhaching treten außerdem noch 2000 Arbeitsdienstmänner an, ferner je 3 Vertreter sämtlicher (12) zur Zeit im Bau begriffenen Reichsautobahnen. Das NSKK wird kostenlos Arbeitslose aus der Stadt hinbringen, damit sie sich an Ort und Stelle von dem unbeugsamen Willen, die Arbeitslosigkeit zu bezwingen, überzeugen können. Auch die Arbeitsfront wird mit 6 Sonderzügen 5000 Arbeiter zur Stelle bringen. Anwesend sind ferner 180 Pressevertreter aus der ganzen Welt, ebenso zahlreiche Filmgesellschaften. Selbstverständlich haben die bedeutendsten Politiker und Wirtschaftler Deutschlands ihr Erscheinen zugesagt.

Punkt 11 Uhr kommt der Führer auf die Baustelle. Der Generalinspekteur des deutschen Straßenbauwesens, Dr. Lohd, wird die Meldung über die Belegschaft der Reichsautobahn München—Landesgrenze und der übrigen Reichsautobahnen erstatten. Daran schließt sich eine Besichtigung der Baustelle, während dieser Zeit wird Reichsminister Dr. Goebbels von der Baustelle aus über alle deutschen Sender 15 Minuten zur deutschen Arbeitererschaft sprechen. Dann spricht von einem Wagen aus der Führer selbst und teilt seine Pläne für das Jahr 1934 auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung mit.

Aufruf an die württ. Industrie

Stuttgart, 19. März.

Der Verband Württ. Industrieller erläßt folgenden Aufruf:

Am Vorabend des Tages, an dem der Führer den zweiten allgemeinen Jahresangriff gegen die Arbeitslosigkeit eröffnet, ruft der Verband Württ. Industrieller die gesamte württ. Industrie auf, auch in den kommenden Monaten den Beweis dafür zu erbringen, daß ein an das volkswirtschaftliche und nationale Verantwortungsgefühl gerichteter Appell in der württ. Unternehmerschaft noch immer auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Den planvollen Maßnahmen der Reichsregierung im Verein mit den Anstrengungen der Wirtschaft ist es gelungen, den in der ersten Generaloffensive gegen die Arbeitslosigkeit erzielten Erfolg in der großen Linie auch über den Winter zu halten und zu festigen. Im Verlauf eines Jahres konnten bis Ende Januar 1934 für 2 1/4 Millionen Erwerbslose, über ein Drittel der Gesamtzahl, wieder Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. Jetzt gilt es, in gesteigertem Maße und mit allen Kräften an dem Erreichten weiterzubauen, um bis zum nächsten Winter um ein neues großes Stück dem Endziel, der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, näherzukommen.

Morgen wird der Kanzler die von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Maßnahmen für die Arbeitschlacht 1934 verkünden. Wenn hiervon auch weitere Anregungen für die Wirtschaft zu erwarten sind und außerdem aus den vergangenen Jahr noch nicht verbrauchte öffentliche Arbeitsbeschaffungsmittel in Höhe von über 1 Milliarde RM. zur Verfügung stehen, so kann doch durch den Einsatz öffentlicher Mittel allein nicht der erstrebte durchgreifende Aufschwung der Wirtschaft herbeigeführt werden. Nach dem Willen der Reichsregierung sollen in dem jetzt beginnenden neuen Abschnitt der Arbeitschlacht weitere 2

Millionen aus dem Heer der Arbeitslosen in die Reihen der schaffenden Volksgenossen eingegliedert werden. Damit das gesteckte Ziel erreicht wird, muß zu den Anstrengungen der Regierung die entschlossene Initiative der Wirtschaft hinzutreten. Die Reichsregierung erwartet deshalb mit Recht von der Wirtschaft und an erster Stelle von der Industrie so wie bisher eine tatkräftige Unterstützung in diesem Kampf.

Mit der gesamten Wirtschaft ist sich die Industrie der belebenden Förderung bewußt, die sie den aus der schöpferischen Energie der Reichsregierung erwachsenen Maßnahmen zu verdanken hat. Fast alle Industriezweige haben eine zum Teil schon recht bedeutende Zunahme von Produktion und Absatz zu verzeichnen und dürfen die begründete Erwartung hegen, daß die Besserung anhält. Für unsere württembergische Industrie sind die wiederholten Erklärungen der Regierung von besonderer Bedeutung, daß die zunächst auf die Wiederherstellung des inneren Marktes als des vordringlichsten Problems konzentrierten Bemühungen nunmehr ihre im nationalen Interesse notwendige Ergänzung finden sollen durch eine gesteigerte Pflege der Ausfuhr. Hier von zeugen bereits die in der jüngsten Zeit abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen mit einer Reihe benachbarter Staaten.

So gehen wir mit sachlich berechtigtem Optimismus an die vor uns liegenden Aufgaben in dem leidenschaftlichen Willen, alle unsere Kräfte für das Gelingen des großen gemeinsamen Werkes einzusetzen und in der Überzeugung, daß es gelingen muß, tut nur jeder einzelne seine Pflicht. Wenn morgen der Kanzler die Parole für die neue Phase der Arbeitschlacht ausgibt, darf er gewiß sein, auch die württembergische Industrie geschlossen hinter sich zu finden.

Neueste Nachrichten

In Anwesenheit des Führers fand gestern abend in München eine große Revolutionsfeier der alten Kämpfer statt, die mit einem riesigen Fackelzug einen eindrucksvollen Abschluß fand.

Auf einer gewaltigen Frauenkundgebung in Kassel sprach Dr. Ley vor über 30 000 Frauen über die Aufgaben der Frau im Dritten Reich.

Stabschef Röhm weilte anlässlich der Gedächtnisfeier für die Spartakusopfer in Essen. Zur Begrüßung des Stabschefs waren auf dem Gelände des Flugplatzes Essen-Mühlheim 60 000 Mann der SA u. SS des Ruhrgebietes und vom Niederrhein anmarschiert.

Reichsjugendführer Balbur von Schirach sprach in Halle (Saale) auf einer Riesenkundgebung der Hitlerjugend, die mehrere der größten Säle der Stadt füllte. Im Verlauf seiner Ausführungen wies Balbur von Schirach die Behauptungen des Auslandes zurück, daß die Hitlerjugend eine militärische Organisation mit imperialistischen Tendenzen sei.

Nach den Ermittlungen der deutschen Krankenkassen hat sich der Gesundheitszustand des deutschen Volkes im Jahre 1933 um fast 50 v. H. gebessert.

In Danzig ist es anlässlich einer sozialdemokratischen Versammlung zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf von einem marxistischen Provokateur auch Pistolenschläge abgefeuert wurden.

Die schwedische Regierung gewährt der Sowjetregierung einen Kredit von 100 Mil-

lionen Kronen zur Einfuhr schwedischer Waren. Die Sowjetregierung verpflichtet sich dagegen, bis 31. März 1935 weitere schwedische Waren im gleichen Werte zu bestellen.

Nach tagelangen Verhandlungen ist es dem Führer des lettischen Bauernbundes Ulmanis gelungen, eine neue lettische Regierung zu bilden.

Bundeskanzler Dollfuß hat am Montag dem Bundespräsidenten Miklas Bericht über seine Verhandlungen in Rom erstattet, im Laufe der nächsten Tage wird der Bundeskanzler auch den Ministerrat über die Ergebnisse seiner römischen Verhandlungen und die Auswirkungen des römischen Vertragswerkes unterrichten.

Durch Vermittlung der tschechoslowakischen Regierung sollen jetzt neue Verhandlungen zwischen Rußland und Rumänien eingeleitet werden, um die Verhältnisse zwischen Rußland und Rumänien zu klären. Diese Verhandlungen sollen in Prag stattfinden.

In einer bulgarischen Ortschaft verübten die Kommunisten einen gemeinen Streich. In der Nacht strichen sie die Dorfkirche bis hinauf zum Glockenturm mit roter Farbe an. Die Glockentürme beschnitzten sie mit kommunistischen Slogans.

Die russischen Gewerkschaftler haben beschlossen, daß am Karfreitag wie am ersten und zweiten Osterfeiertage die staatlichen Betriebe ihre Arbeit nicht unterbrechen dürfen. Die Betriebe müssen wie alljährlich arbeiten.

In Rußland ist man großen Mühen an die Unterschlagungen im Wohnungsbau auf die

Spur gekommen. Ganze Häuser sind für einen Waggon Konerven verschoben worden. Elf Wirtschaftsorganisationen sollen daran beteiligt sein. Es wurden bereits eine Anzahl von Gefängnisstrafen verhängt.

17 arabische Führer, die an den Oktoberunruhen gegen die jüdische Einwanderung beteiligt waren, sind jetzt von den Gerichten in Jerusalem zu 5—10 Monaten Zwangsarbeit verurteilt worden.

Aus Istanbul wird über den Abschluß eines Zusatzabkommens zwischen Griechenland und der Türkei über die militärische Zusammenarbeit der beiden Länder berichtet. Die Vertreter des türkischen Generalstabes sollen nach Athen abgereist sein.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat mit einer Stimme Mehrheit die Verabschiedung der Invalidentrente für die arbeitsunfähigen früheren Kriegsteilnehmer beschlossen.

Neue Kommissare für die Landwirtschaft

Berlin, 20. März. Der Reichsernährungsminister hat eine Verordnung erlassen, wonach mit Wirkung ab 1. April ein Reichskommissar zur Regelung und Ordnung des Marktes von Vieh, Fleisch, Milch und Milchzeugnissen, Geflügel, Eiern und Fett zu bestellen ist. Für den Posten soll bereits Freiherr von Ranne ausserber sein.

Der deutsche Rechtsstaat Adolf Hitler

Ein Rundfunkvortrag Dr. Frants

Berlin, 19. März.

Am Dienstag, 20. März, spricht Dr. Hans Frant von 21 Uhr bis 21.20 Uhr im Deutschlandsender über das Thema „Der deutsche Rechtsstaat Adolf Hitlers“.

Störenfriede in den Wohnhäusern müssen verschwinden!

Berlin, 19. März. Dem leidigen Durcheinander in zahlreichen Wohnhäusern zwischen Hausbesitzern und Mietern ein für allemal durch eine reichsgeflechte Regelung ein Ende zu machen, hat sich der Präsident des Reichsverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, Obersturmbannführer Tribius, zur Aufgabe gemacht. Er hat bereits dieser Tage an alle Hausbesitzer- und Mietervereine den Entwurf eines Mietvertrags übermittelt, den er als Einheitsmietvertrag in sämtlichen deutschen Wohnhäusern eingeführt wissen möchte.

Inhaltlich ist zu diesem Entwurf zu bemerken, daß das gemeinsame Interessensverhältnis zwischen Hausbesitzer und Mieter nicht mehr dadurch beeinträchtigt werden solle, daß geringere Vertragsverletzungen zum Gegenstand langwieriger Fehlkampagnen ausgeschlachtet werden sollten. Es sei selbstverständlich notwendig, daß die Mietsparteien ihre Miete jeweils pünktlich entrichten, doch solle bei geringfügigen Mietsrückständen nicht gar zu schnell zu außerordentlichen Kündigungen geschritten werden. Von einer Mieterhausordnung für das gesamte Reichsgebiet soll jedoch abgesehen werden.

600 Schubhäftlinge in Bayern entlassen

München, 19. März.

Die bayerische politische Polizei gibt bekannt: Anlässlich des Jahrestages der nationalen Revolution in Bayern wurden umfangreiche Entlassungen aus der Schubhaft vorgenommen. In erster Linie wurden solche Personen entlassen, von denen angenommen wird, daß sie sich gebessert haben und sich nicht mehr in einem dem Staate abträglichen Sinne betätigen. Es wurden über 600 Schubhäftlinge entlassen.

Todesstrafe gegen ein entmenslichtes Elternpaar

Leipzig, 19. März.

Das Reichsgericht bestätigte am Montag die vom Schwurgericht Landsberg a. d. W. am 11. Januar 1934 verhängte Todesstrafe gegen den Franz Spöhr und dessen Ehefrau. Das entmenslichte Elternpaar hatte sein einige Monate altes Kind in der Nähe des Bahnhofs Gurlow (Neumark) getötet und an Ort und Stelle verscharrt.

Neuer Hauptbahnhof in Duisburg

Einweihung am 26. März

Duisburg, 20. März.

Am 26. März wird in Duisburg der neue, nahe dem alten gelegene Hauptbahnhof eingeweiht werden. Es ist ein stattlicher Rinkerbau mit hundert Meter langer Straßentraverse, der durch geschickt angeordnete Arkaden, Galerien und Fensterbänder, durch Einbau von Vorsprängen und geschmackvoll gegliederte Flächen einen architektonisch überaus ansprechenden Eindruck macht und dem Stadtbild Duisburgs eine völlig neue Note verleiht.

Hebergriffe kath. Jugendgruppen

Berlin, 20. März 1934

In Köln/Sülz wurde dieser Tage der Jungvolkführer Peter Böbach von katholischen St. Georgsfindern auf dem Heimwege überfallen.

In Bergheim (Gebiet Mittelrhein) klebten Angehörige katholischer Jugendverbände hekerische Plakate gegen die Hitlerjugend des Inhabes „Schluß mit der HJ.“ an.

Von der Ortsgruppe Calw der NS-Hago

„Kraft durch Freude“ bringt im April 500 Urlauber nach Calw

Die Ortsgruppe Calw der NS-Hago hatte ihre Mitglieder für letzten Freitagabend zu einer Versammlung im Lokal Weiß eingeladen, zu der sie recht zahlreich erschienen waren. Ortsgruppenamtsleiter Pg. Ernst Pfeiffer eröffnete die Versammlung und erteilte nach kurzer Begrüßung dem Kreisamtsleiter Pg. Schäfer das Wort. Dieser sprach zunächst über das rasche Anwachsen der NS-Hago seit ihrer Gründung Mitte Dezember vor. J. S. Damals, so sagte er, seien es nur wenige Mitglieder gewesen, heute zähle die Ortsgruppe Calw 274 Mitglieder, und im Kreis Calw umfasse die Organisation nicht weniger als 1400 Handel-, Handwerk- und gewerbebetreibende Volksgenossen. Es seien nur noch wenige Anwesende, die der Meinung seien, auf dem ihnen allein vorbehaltenen schmalen Weg wandeln zu sollen. Infolge des großen Umfangs der Organisation habe sich die Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit herausgestellt, jede der drei Betriebsgruppen unter eigene, fachkundige Führung innerhalb der Gesamtorganisation der NS-Hago zu stellen. Der Kreisamtsleiter gab alsdann die für die einzelnen Betriebsgruppen erfolgten Führer-Ernennungen bekannt. Die 3 Betriebsgruppen sollen künftig getrennte Zusammenkünfte abhalten. Dann kam der Redner auf die bevorstehende große Frühjahrs-Arbeitswoche zu sprechen. Er verlas einige zu ihrer Durchführung eingetragene Rundschreiben und gab hierzu die notwendigen Erläuterungen. Am 23. März soll, wie überall, zum Beginn des Kampfes auch in Calw eine große Kundgebung stattfinden, zu der Gauamtsleiter und Handwerkskammerpräsident Pg. Böhner als Redner gewonnen werden soll.

Pg. Schäfer forderte die Anwesenden auf, am Aufbauwerk der Regierung nach besten Kräften mitzuarbeiten. Dann wurde das große Werk gelungen und es werde für jeden schaffenden Deutschen wieder eine bessere Zeit kommen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit werde nicht in geringem Maße dadurch unterstützt, daß jeder deutsche Volksgenosse vom Kauf ausländischer Erzeugnisse und entbehrlicher Rohstoffe absteht und beim Erwerb seiner Bedürfnisse nur deutsch denkt und handelt. Wenn teilweise darüber geklagt werde, daß die von der Reichsleitung festgesetzten Tarifsätze die Preise für die eine oder andere Arbeit verteuerten, so daß mancher glaube, eine vorgehabte Arbeit nicht ausführen zu können, so sei darauf zu erwidern, daß diese Preisserhöhungen sich wieder ausgleichen werden durch Verbesserung der eigenen Einkommensverhältnisse und durch eine für die nächste Zeit zu erwartende Zinsentlastung. Ueber allem stehe die Notwendigkeit, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß jeder schaffende Mensch wieder etwas verdiene, dann könne er auch wieder Geld ausgeben und so zur Belebung der gesamten Wirtschaft beitragen. Kleinliche Bedenken seien im Blick auf das große und für lange Sicht berechnete Ziel unbedingt zurückzustellen. Wir hätten viele Jahre für ein System, das uns in ein Schindluder getrieben und uns an den Abgrund gebracht habe, noch viel größere Opfer bringen müssen, und es sei eine selbstverständliche Pflicht für jeden deutschen Volksgenossen, sich ohne Vorbehalte hinter unseren großen Führer und seine Maßnahmen, die zum Besten des ganzen Volkes dienen werden, zu stellen. Zu den Aufträgen mit Reichszuschüssen sei zu sagen, daß es für den Handwerksmeister eine Selbstverständlichkeit sein müsse, die Rechnungen für solche Arbeiten peinlich genau und gewissenhaft auszustellen. Ueber-tretungen in dieser Hinsicht würden ganz streng bestraft. Sodann kam der Kreisamtsleiter auf die Belebung des Fremdenverkehrs in unserer Stadt zu sprechen. Er richtete eine diesbezügliche Mahnung an die Versammlung, insbesondere aber an die am Fremdenverkehr interessierten Kreise, die Bestrebungen des Fremdenverkehrsvereins zu unterstützen. Mit einem nochmaligen Appell an die Versammlung, nach besten Kräften am Aufbauwerk der Reichsregierung tätig teilzunehmen, schloß Kreisamtsleiter Schäfer seine temperamentvollen Ausführungen.

Pg. Pfeiffer dankte dem Kreisamtsleiter für seinen Vortrag und erteilte hierauf Pg. Entenmann als Vertreter der NS-VD. das Wort. Dieser machte der Versammlung die freudige Mitteilung, daß anfangs April ein Urlaubszug der Organisation „Kraft durch Freude“ ins Nagoldtal kommen werde für unsere Stadt seien 500 Urlauber vorgesehen. Wenn auch die Mittel für diese Zwecke vorläufig noch beschränkt seien, so sei aber doch für die einzelnen Geschäfte wenigstens ein kleiner Verdienst zu erwarten. Der stellv. Kreisamtsleiter, Pg. Malermeister Bauer, sprach im Anschluß an eine Äußerung zu einer persönlichen Angelegenheit noch über die gesetzliche Arbeitszeit. Diese sei unbedingt einzuhalten. Bei Arbeiten mit Reichszuschüssen dürfe überhaupt nur 40 Stunden in der Woche gearbeitet werden, eben deshalb, um möglichst viele der heute noch arbeitslosen Volksgenossen wieder zu Arbeit und Brot zu bringen. Kreisamtsleiter Schäfer ergriff nochmals das Wort und sprach über die Sonn-

tagsruhe im Handelsgewerbe. Das Bestreben gehe dahin, die Läden nur noch an einem Sonntag im Jahr, und zwar am Sonntag vor Weihnachten offen zu halten. Dieser Wunsch sei auch auf einer in Stuttgart abgehaltenen Versammlung der Arbeitsgemeinschaft des Württg. Einzelhandels zum Ausdruck gekommen. Wer seine Läden nicht an sechs Werktagen einkaufen könne, der brauche auch nicht die Möglichkeit, dies am Sonntag tun zu können. Der Ladeninhaber habe auch seinen Feierabend und seine Erholungszeit zu beanspruchen. Schließlich richtete der Kreisamtsleiter noch einen Appell an die Versammlung, den durch ein Brandunglück schwer geschädigten Volksgenossen Kentschler in Alzenberg durch Sach- und Geldspenden zu unterstützen. Eine sofort veranstaltete Sammlung ergab den schönen Betrag von 50 RM., wofür den Spendern durch Pg. Schäfer herzlicher Dank gesagt wurde.

Nach den Ausführungen des Kreisamtsleiters sprach Pg. Pfeiffer noch über verschiedene Einzelhandelsfragen. Er führte aus, daß in keinem Stande noch solche chaotischen Zustände herrschen wie im Handelsstand und daß z. B. von 36 000 Geschäften nur 6000 organisiert seien. Das müsse anders werden. Er sei von der Arbeitsgemeinschaft des Württg. Einzelhandels als der Spitzenorganisation sämtlicher Fachhandelsverbände zum Kreisführer für den Einzelhandel ernannt und in Stuttgart seien wie ja bereits die Tageszeitungen berichteten, diese Kreisführer alle feierlich verpflichtet worden. Jeder Einzelhändler, welcher seinem Fachverband beigetreten sei, erhalte das Ehrenschild, welches deutlich sichtbar im Schaufenster ausgestellt werde. Damit werde man erreichen, daß die Außenseiter gekennzeichnet werden. Von Württemberg aus würden ganz neue Wege beschritten, um die Leistungsfähigkeit des einzelnen Einzelhandelsgeschäfts zu steigern, eine Vereinigung in den eigenen Reihen durchzuführen und durch

Mehr Verkehrsdisziplin üben!

Der Motorclub Calw (Ortsgruppe des Deutschen Automobilclubs) veranstaltete am letzten Samstag aus Anlaß des 100. Geburtstags von Gottlieb Daimler, des Erfinders des Kraftwagens, in der „Sonne“ eine gemeinsame Kundgebung von Kraftfahrern und Nichtkraftfahrern, zu welcher sich auch Vertreter von Motor-VA und NSKK, eingekunden hatten. Die Kundgebung galt dem Gedächtnis des Pioniers des modernen Kraftfahrzeuges und schloß mit einem eindrucksvollen Aufruf an alle Deutschen zur Einhaltung der Verkehrsregeln. Ortsgruppenleiter Pfeiffer bezeichnete im Verlauf einer längeren Rede als vornehmste Pflicht jedes Kraftfahrers, die gegebenen Verkehrsregeln zu achten und auf den Mitmenschen Rücksicht zu nehmen. Das erfordert eine regelmäßig wiederkehrende Selbstprüfung aller Kraftverkehrsbestimmungen. Das Ziel, die Verkehrsunfallzahl herabzusetzen, kann aber nur erreicht werden, wenn alle an diesem Ziel mitarbeiten, also auch die Nichtkraftfahrer dürfen das Automobil oder das Motorrad und deren Führer nicht als ihre Feinde betrachten, sondern müssen sich mit dem Wesen der Motorisierung des Verkehrs und ihren Gefahren vertraut machen. Der Nichtkraftfahrer muß heute unter allen Umständen wissen, daß ein Fahrzeugführer im Verkehr von Umständen abhängig ist, auf welche er selbst vielleicht nur einen geringen oder gar keinen Einfluß ausübt. Der Fahrzeugführer vermag nicht in jeder Verkehrssituation sein Fahrzeug in einem Bruchteil einer Sekunde zum Stillstand zu bringen! Der Nichtkraftfahrer muß wissen, daß der Fahrer vom Belag der Straße, von der Witterung, von Regen und Schnee, von den Bremsen abhängig ist. Die natürliche Folge ist, daß der Nichtkraftfahrer die gebotene Rücksicht gegenüber dem Kraftfahrer zeigt, daß er von sich aus nicht ständig Ge-

grozügige Propaganda dem selbständigen Einzelhändler sämtliche Volksgenossen als Käufer wieder zuzuführen.

Ueber Ladenschlußzeiten und die Sonntagsruhe wurden grundsätzliche Festlegungen getroffen. Auch der Handelsstand habe wie jeder andere Volksgenosse das Recht auf Erholung, und es sei falsch, wenn der Einzelne sich von alten Gedankengängen nicht losmachen könne, daß es ihm etwas nütze, wenn er bis in die Nacht hinein und noch Sonntags seinen Laden offenhalte. Das Publikum würde bestimmt verstehen, daß auch dieser Volksgenosse eine Entspannung nötig habe und Rücksicht üben. Der Kaufmann wolle in der Geschäftszeit seine ganze Kraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen und so am Aufbau mitarbeiten.

Auch der Kaufmannstand wolle aus der Vergangenheit lernen und nicht wieder in die alten Fehler verfallen. So sagte Pg. Pfeiffer, daß die Einigkeit unter allen Umständen erzielt werden müsse und jeder Stand den andern verstehen lernen müsse. Es sei deshalb notwendig, daß keiner sich von den Organisationen durch irgendwelche Ausreden ausschließen dürfe und es sei Pflicht jedes einzelnen Volksgenossen, seine Kraft in den Dienst der Organisation zum Segen der Allgemeinheit zu stellen. Es würde deshalb nach der Auseinandergliederung in die einzelnen Betriebsgruppen eine Kontrolle durchgeführt werden müssen, wer bewußt die Versammlungen meide, und nach dreimaligem unentschuldigbaren Fehlen würde ein Ausschuß aus der Organisation automatisch erfolgen.

Pg. Pfeiffer gab in großen Zügen einen Ueberblick über die in nächster Zeit notwendigen Maßnahmen und forderte die Anwesenden auf, jeder nach seinem Vermögen mitzuarbeiten und ruhig offen und ehrlich das zu sagen, was er für falsch halte, denn nur durch rege Aussprache würden Mißverständnisse beseitigt. Verschiedene Anfragen wurden zum Schluß noch beantwortet. Die schön verlaufene Versammlung klang aus mit einem Treuegelöbnis auf Führer und Vaterland.

fahrenquellen schafft, welche die schon durch die Eigenart des Motorfahrzeugs vorhandenen Gefahrenquellen noch verstärkt. Die bekanntesten der vom Nichtkraftfahrer geschaffenen Gefahren, welche am meisten zu Unfällen führen, sind u. a. folgende: Ein Fußgänger übertritt in der Stadt, ohne sich vorher anzusehen, plötzlich den Gehweg. Der Fußgänger auf der Landstraße bewegt sich auf dem Fahrdamm statt auf dem Gehweg, welcher bei unseren württembergischen Straßen fast regelmäßig vorhanden ist. Der Kraftfahrer fährt leider manchmal noch ohne Rückfahrlater oder ohne Licht, der Fußgänger auf der falschen Straßenseite. Auch in dieser Richtung könnten Dutzende Beispiele aufgezählt werden. Böllig verkehrt ist es, wenn es noch Leute gibt, die gegenüber dem Kraftfahrer sich auf den Standpunkt stellen, daß die Landstraße in erster Linie für die Nichtkraftfahrer da sei, und daß zuerst der Kraftfahrer die Aufgabe habe, Rücksicht zu üben. Diese Leute müssen aus ihrem mittelalterlichen Schlaf aufgerüttelt werden, und es ist Sache jedes Volksgenossen, hier praktisch mitzuhelfen. Grundsätzlich muß man sich daran halten, daß in Straßen, in denen Gehwege vorhanden sind, der Fahrdamm in erster Linie für die Abwicklung des Fahrverkehrs bestimmt ist und daß der Nichtkraftfahrer hierauf die notwendige Rücksicht zu üben hat. Im Verkehr gibt es nur eine einzige Parole und die heißt: Gegenseitige Rücksicht. Der Kraftfahrer hat auf den Nichtkraftfahrer und der Nichtkraftfahrer auf den Kraftfahrer die gebotene Rücksicht zu nehmen. Jeder Volksgenosse hat nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten. Dieser Grundsatz gilt ganz besonders im nationalsozialistischen Staate, welcher auch im Verkehr nur für das Ideal der strengsten Gerechtigkeit und des strengsten Ausgleichs aller Interessen zu haben ist.

Arbeitsdienst

Vom Meldeamt für den Arbeitsdienst Calw wird uns mitgeteilt: Am 16. März fand eine Gruppentagung unter Leitung des Gauarbeitsführers Pg. Alfred Müller in Nagold statt. Als wichtigster Punkt aus der Tagung, über die eingehender später berichtet wird, ist herauszuheben, daß in absehbarer Zeit die Verpflichtungszeit der Arbeitsdienstwilligen zur Erlangung eines Arbeitspasses von 6 auf 12 Monate verlängert wird. Diejenigen Arbeitsdienstwilligen, die sich jetzt noch melden, brauchen sich nur auf 6 Monate verpflichten und haben gegenüber den sich später Meldenden einen erheblichen Vorteil bei der Erlangung des Arbeitspasses. Besonders zu erwähnen ist, daß in Kürze Jugendliche von 17-25 Jahren ohne den Besitz eines Arbeitspasses überhaupt keine Beschäftigung erhalten werden. Zur Beschäftigung der Arbeitskameraden, die bereits 12 Monate und länger Chrendienst im Arbeitsdienst geleistet haben, werden mit Einvernehmen der Arbeitgeber Jugendliche, die bisher in Beschäftigung stehen, ohne den Arbeitsdienst durch-

Nach Kaffee Hag erquickender Schlaf

laufen zu haben, in den Arbeitsdienst überführt und dafür Arbeitsdienstwillige mit längerer Arbeitsdienstzeit eingestellt. Die Organisation des Arbeitsbundes hat sich zur Aufgabe gesetzt, Arbeitsdienstwillige mit zwölfmonatiger Dienstzeit je nach Berufseignung beim Ausschneiden in feste Berufsstellen zu bringen. Zu beachten ist noch, daß Anmeldungen zum Arbeitsdienst beim Meldeamt Calw, Badstr. 41, werktags außer Samstag von 8-12 Uhr unter Vorlage eines Zeugniszeugnisses, Personalausweises und bei Minderjährigen mit schriftlicher Einwilligung des Erziehungsberechtigten und unter Vorbereitung zur ärztlichen Untersuchung zu erfolgen haben.

Am 15. April Volkstag der Inneren Mission Die Innere Mission hat von den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden die Erlaub-



NS-Hago

Am Mittwoch, den 21. März, abends 10.30 Uhr, versammeln sich die Mitglieder der NS-Hago Calw sowie die Handwerker-Zunungen mit sämtlichen Meistern, Gesellen u. Lehrlingen im „Bad. Hof“, um die Rede des Führers aus Anlaß der Eröffnung der dritten Welle der Arbeitswoche 1934 anzuhören und an einer daran anschließenden Kundgebung teilzunehmen. Erscheinen ist unerläßliche Pflicht. Der Ortsgruppenamtsleiter der NS-Hago und die Innungs-Obermeister melden mir die feststehenden Mitglieder.

NS-Hago Kreisamtsleiter.

nis erhalten, im ganzen Reich am 14. und 15. April eine Haus- und Straßensammlung durchzuführen. In allen Gemeinden wird an diesem Volkstag der Inneren Mission, der der erste seiner Art ist, eine großzügige Werbung für das viel verzweigte Werk christlicher Nächstenliebe einsetzen.

Wie wird das Wetter?

Bei Jzland liegt noch eine starke Depression, die in Süddeutschland nach Abzug eines Zwischenhochs für Mittwoch und Donnerstag wechselnd bewölkt, unbeständiges, zu einzelnen Niederschlägen geneigtes Wetter erwarten läßt.

Pfingweiler, O.M. Neuenbürg, 19. März. Vor dem Pforzheimer Schöffengericht hatte sich ein 41jähriger verheirateter Mechaniker aus Pfingweiler wegen Unterschlagung zu verantworten. Er war anfangs Februar in Pfingweiler als Sammler für das Winterhilfswerk tätig. Die Personen, bei denen er Geld erhielt, haben jeweils die gestifteten Beträge selbst in eine Liste eingetragen. In zwei Fällen hat der Angeklagte diesen Betrag, der beidemal 50 Pfennig betrug, auf 30 Pf. abgeändert und den Rest für sich behalten. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 2 Wochen.

Serrenberg, 19. März. Ein von Dreischmiedmaschinenbesitzer Kleiner im Miental in der Nähe der Hebringer Straße neu erstellter Schuppen, der nur teilweise mit Ziegeln bedeckt war, ist dem Sturm zum Opfer gefallen. Dem Besitzer entsteht ein empfindlicher Schaden.

Leonberg, 19. März. Den vielen Bemühungen sowohl der Kreisleitung als auch der kommunalen Behörden und Gemeinden und dem sozialen Geist vieler Arbeitgeber ist es gelungen, die Erwerbslosigkeit des Kreises Leonberg auf ein solches Maß zurückzuführen, daß man sagen kann, der Kreis Leonberg wird in den nächsten Tagen ganz frei von Erwerbslosen, abgesehen von ungefähr 12 bis 14 weiblichen und 20 bis 25 Erwerbslosen, die mehr oder weniger erwerbsbeschränkt sind.

Freudenstadt, 19. März. In Reinerzau wurde vom Freudenstädter Oberamt Ende der letzten Woche gegen fünf Heher energisch durchgegriffen, die seit Monaten ein gewissenloses Messertreiben gegen den dortigen Bürgermeister u. Stützpunktleiter betrieben hatten. Die Heher wurden in Euhbhaft genommen, die über die einzelnen in Höhe von ein bis sechs Tagen verhängt wurde.

Folgen schwerer Zusammenstoß in Kaltental

Stuttgart, 19. März.

Bei der Polizeieinsatzung an der Straße Kaltental-Südheim ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Ein stadtteilwärts fahrender Langholz-Kastwagen, ohne Ladung, verlor seinen Anhänger und mußte deshalb anhalten. Um die vorbeifahrenden Fahrzeuge zu warnen, stand während der Reparatur vorn und hinten je ein Mann.

Trotz dieser weitgehenden Vorsichtsmaßregel fuhr nun ein, mit vier Personen besetzter Kleinwagen auf den parkenden Lastzug auf. Der Kleinwagen, der gelockert wurde, fuhr ziemlich schnell, so daß der hinten Stehende kaum Zeit hatte, sich etwas in Sicherheit zu bringen. Sieben Personen wurden verletzt. Die Polizei, die zusammen mit dem Sanitätsauto bald zur Stelle war, schaffte die Verwundeten ins Marienhospital, aus dem drei sofort wieder entlassen werden konnten, während die übrigen vier Verletzten noch im Spital liegen, unter ihnen ein Schwerverletzter. Der Kleinwagen ging vollständig in Trümmer.

Turnen und Sport

Turnkreis 8 Nagold

Anlässlich der Mannschaftswettkämpfe im Geräteturnen in Höfen wurden folgende vier verdiente frühere Gauveteranen zu Ehrenmitgliedern des Kreises ernannt: Gauoberturnwart Karl Großmann, Höfen, Gau-presswart Wilh. Schönbaler, Neuenbürg, Gau-sportwart Eugen Gent, Engelsbrand, u. Gau-spielwart Gustav Wolfinger, Obernhausen.

